

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Rente Kreuzenstr. 1/8, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Bogen 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.90, wo keine Post am Ort. D. 2.24.

Abbestellungsgeld beträgt für die nächste Nummer 25 Pfennige. Bei Abbestellung des Bestimmungsortes und bei Änderungen des Bestimmungsortes 15 Pfennige. Unentgeltlich 25 Pfennige. Zusätzliche für die nächste Nummer müssen die Bestimmungsorte in der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 150.

Dienstag, den 30. Juni 1908.

19. Jahrgang.

Bulagen für Pfarrer.

Die zweite Sitzung dieser kurzen Sommertagung des Abgeordnetenhauses wurde wieder vom Alterspräsidenten Hübner eröffnet. Erster Gegenstand der Tagesordnung war die Neuwahl des Präsidiums. Sie fand durch Affirmation statt, gegen die unsere Genossen keinen Widerspruch erhoben. Wie von vornherein feststand, wurde das alte Präsidium Kröcher, Porsch und Krause wiedergewählt. — Es folgte die erste Lesung und im Anschluß daran gleich die 2. Lesung des Kirchenumlagegesetzes. Die Mehrheit war von vornherein entschlossen, das Gesetz in Vorschub und Vogen mit größtmöglicher Schnelle anzunehmen; sie hätten es am liebsten schon am Sonnabend durchgereicht, mußte aber angesichts des Widerstandes der Fraktion und der Freimütigen diesen löblichen Voratz aufgeben. Herr Wiemer meinte nicht unzutreffend, wenn auch natürlich bloßjähm, die unzulässige Art und Weise, mit der hier Flickarbeit getrieben und den Geistlichen eine Extrawurst serviert wird. Es war auch ganz in der Ordnung, daß Wiemer dabei das autokratische Treiben des Oberkirchenrats rühmend erwähnte. Von unserer Fraktion sprach zunächst Ströbel als der erste sozialdemokratische Diskussionsredner im Selbstparlament. Kröcher unterbrach ihn zu verschiedenen Malen; mehr als einmal suchte die Rechte, halb durch Lärmen, halb durch Lachen unseren Redner aus der Fassung zu bringen. Es gelang aber nicht. Genosse Ströbel legte in bündigen Ausführungen dar, daß nicht nur vom prinzipiellen Standpunkte der Trennung der Kirche vom Staate aus die Vorlage zu verwerfen ist. Es liegt kein Grund vor, die Geistlichen vor den Lehrern und Beamten zu bevorzugen. Mit Ministergehältern verglichen mögen die Bezüge der Geistlichen ja recht bescheiden sein; aber sie sind glänzend zu nennen gegenüber der mehr als lärglichen Entlohnung, die der Vater Staat seinen Arbeitern zukommen läßt. Der Finanzminister v. Rheinbaben antwortete mit Bülow'schen Klischees auf die wichtigen Reuten schläge unseres Fraktionsredners. Bülow plündert unsere klassischen Dichter und Denker und Rheinbaben plündert Bülow. Der wohlkürteste Erbe Miquels ist der richtige Minister für das Haus der drei Klassen. Die Konservativen und nationalliberalen Redner sprachen kurz ihr Einverständnis mit der Vorlage aus. Das Zentrum beteiligte sich nicht an der Debatte, dafür vereinigte es seine Stimmen mit denen der Rechten und des Gros der Nationalliberalen, um unsere Anträge in Sachen Leinert und Vieblnecht von der Tagesordnung der nächsten Sitzung auszuschließen. Polen, Freimütige und einige Nationalliberale stimmten mit uns; das Zentrum aber scheint es eilig zu haben, sich wieder ein Plätzchen an der Regierungssonne zu sichern. So steht denn nur die dritte Lesung des Kirchenumlagegesetzes auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die eines katholischen Feiertags halber erst am Dienstag stattfindet.

Zu der Sitzung des Seniorenkongresses, die vor der Eröffnung stattfand, hatte auch Genosse Borgmann eine

Einladung erhalten, der er Folge leistete. Es scheint demnach, daß auch die sozialdemokratische Fraktion trotz ihrer vorläufigen numerischen Schwäche bei der Regelung der Geschäfte des Abgeordnetenhauses zugezogen werden solle. Wichtigsten in einem Punkte — also das Klassenparlament keine Vergewaltigung üben — allerdings auch im eigenen Interesse. Beschlußfähige Häuser würde es sonst nicht mehr geben dürfen.

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung. Sonnabend, den 27. Juni, Nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertische. Solle, Freiherr v. Rheinbaben. Das Haus ist sehr stark besetzt. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Präsidiums und der Schriftführer. Auf Antrag Freiherr v. Jedditz (ref.) wird durch Affirmation der Abg. v. Kröcher zum Präsidenten wiedergewählt. Derselbe nimmt die Wahl dankend an und scheidet unter allgemeiner Zustimmung dem Alterspräsidenten Hübner den Dank des Hauses aus. Die Abgeordneten erheben sich zu Ehren Hübners von ihren Sitzen. Auf Antrag Jedditz werden weiter durch Affirmation wiedergewählt: Abg. Dr. Porsch (Zentrum) zum ersten und Abg. Dr. Krause (natl.) zum zweiten Vizepräsidenten. Zu Schriftführern werden gewählt die Abg. v. Voelberg (natl.), Solikoff (natl.), Eichstädt (ref.), Martin (ref.), Graf Prachma (Zentr.), v. d. Hagen (Zentr.), Jürgensen (natl.) und Stell. (ref. Vp.). Zu Ordauern ernannt der Präsident die Abg. Dr. Jungmann und Henning (natl.). Zu Mitgliedern der ständigen Zentralkommission werden gewählt die Abg. Graf Wartenstein (natl.), Dr. Friedberg (natl.) und v. Bist (ref. Vp.). Es folgt die erste Lesung des

Kirchenumlagegesetzes.

Kultusminister Solle begründet kurz die Vorlage. Abg. Dr. Wiemer (ref. Vp.): Wir können uns nicht entschließen, die Vorlage ohne weiteres anzunehmen. Es sprechen ganz erhebliche Bedenken gegen die Art und Weise, wie diese Vorlage in dieser Sommertagung erbracht werden soll. Wir halten es für möglich, die Geistlichen in der Besoldungsfrage anders zu behandeln als andere Beamtenkategorien. Wir halten auch die Vorlage nicht für so dringend, daß sie vor anderen gesetzgeberischen Maßnahmen erledigt werden müßte. Bedenklich ist auch, daß der Oberkirchenrat diese Vorlage verknüpft mit der Frage des Pfarrerebesetzungsrechtes. Wir wollen diese Gelegenheit nicht vorbegeben lassen, ohne gegen die Verknüpfung der Rechte der Kirchengemeinden durch den Oberkirchenrat zu protestieren. Es liegt keine Veranlassung vor, auf Wunsch der General Synode die Linie der staatlichen Gesetzgebung zu ergreifen. Einer Ueberführung müssen wir entgegenstellen und die Verantwortung für die Verlängerung der Tagung der Regierung zuschreiben, die diese Vorlage eingebracht hat. (Beifall links.)

Abg. Minister (natl.) stimmt namens seiner Freunde kurz der Vorlage zu.

Abg. Ströbel (Soz.):

Wir Sozialdemokraten sind schon deshalb gegen den Entwurf, weil wir auf dem prinzipiellen Standpunkt der völligen Trennung von Staat und Kirche stehen. Wir sind ferner gegen den Gehaltentwurf, weil wir zwar den sozialen Gedanken des Christentums außerordentlich hoch stellen — vielleicht höher als irgend eine andere Partei (Laden rechts) — aber weil wir in der Staatskirche eben kein Instrument der sozialen werktätigen Christenliebe erblicken, sondern ein Werkzeug der Klassenherrschaft, der Klassenverteilung und der Klassenunterschiede. Sie (nach rechts) haben eben gelacht.

als ich sagte, daß die sozialdemokratische Partei den Gedanken der werktätigen christlichen Nächstenliebe höher stelle, als irgend eine andere Partei. Nun, die Auffassung, daß an werktätiger Nächstenliebe in Preußen außerordentlich wenig geleistet wird, findet sich auch in einem christlich-sozialen Blatt, dem „Volk“, das den Eintritt der sieben Sozialdemokraten mit den Worten dokumentierte: „Wir danken gekost unserm Gott danken, daß er uns nicht vergißt, sondern solche Rechte in unseren bescheidenen Karpsenteich schickt, um Leben und Besinnen, Christentum und Nächstenpflicht immer schärfer zu machen, denn das tut bitter not.“ (Laden rechts.)

Aber abgesehen von diesen Gründen liegen eine ganze Reihe von Bedenken vor, die auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien äußern sollten, sich gegen den Entwurf zu wenden. Die Ausgaben für die Kirche sind schon beträchtlich hohe. Nach dem Etat für 1908 belaufen sie sich auf 8.800.000 Mk. Das ist aber nur ein Teil der Aufwendungen, denn die Umlagen, die von der Kirchenbehörde erhoben werden, sind nicht im Etat aufgeführt. Wenn der Landtag die im Gesetzentwurf festgelegte Erhöhung bewilligt, dann treten erhöhte Kirchensteuern ein, die von jedem, der nicht aus der Landeskirche ausscheidet, gezahlt werden müssen. Nun wird ja allerdings, wenn dieser Gesetzentwurf angenommen wird,

der Austritt aus der Landeskirche

viel stärker werden, als er schon bisher gewesen ist. (Laden rechts.) Aber davon abgesehen. Es kann nicht jeder aus der Landeskirche ausscheiden, der ausscheiden will. Wir haben in Preußen allein 800.000 Beamte und Staatsarbeiter, die sich allerlei Unannehmlichkeiten aussetzen müssen, wenn sie aus der Landeskirche ausscheiden. Sie wissen ja, daß von gewisser Seite ein Terror ausgeht. (Sehr richtig! Heiterkeit rechts und bei den Abg.) Sie lachen, weil Sie Wort Terror hören. Da möchte ich Ihnen doch sagen: Sie sind die Altmeister des Terrors und wir die ganz unwillkürlichen Schüler und Jünger. (Sehr, Widerspruch bei der Mehrheit, sehr richtig! bei den Soz.) Also ist es nicht idemum möglich, aus der Landeskirche auszuschneiden, und es ist deshalb ein Unrecht, diesen Steuerzahlern gegenüber, die sich der Verpflichtung der Zahlung nicht entziehen können, wenn man die Vorlage annimmt. Außerdem sind doch aber die Geistlichen gerade eine Beamtenkategorie, die relativ am wenigsten Not leidet. (Widerstand rechts.) Gewiß, an dem Einkommen der bestehenden Klassen, an dem Ministergehältern (Laden rechts), an den Einnahmen der Bankdirektoren u. a. m., sind die Einkommen der Geistlichen recht niedrig. Aber wenn man sie vergleicht mit den Gehältern anderer Auffassung nach wichtigerer Beamtenkategorien, so sind sie recht beträchtlich. Die Geistlichen erhalten ein Grundgehalt von 2700 Mk., das in 24 Jahren auf 3000 Mk. steigt. Wie sehen demgegenüber die Lehrgelder aus. (Sehr gut! links.) Nach der geplanten Beamtenbesoldung soll das Grundgehalt für die Lehrer 1350 bis 1650 Mk. betragen, das für die Lehrerinnen noch weniger. Die Alterszulagen sollen nach vier Klassen je 150 bis 250 Mk. betragen und normal nach je zwei Jahren eintreten. Es bekände dann also die Tatsache, daß sehr

viele Landlehrer nach 27 Jahren

aufreißender Berufslosigkeit gerade so gestellt wären wie ein junger Weisklicher, der eben anfängt. Wenn man schon eine Verbesserung der Besoldung einer Beamtenkategorie vor Dampf betreiben will, dann sollte man zunächst an die Verbesserung der Lehrgelder denken. Es ist kein Wunder, daß bei der heutigen Besoldung mehr als 8000 Lehrstellen unbesetzt sind. Für alle diejenigen, denen die Volksschule ein klein wenig aus Herzen liegt, sollte das doch ein Ansporn sein, zunächst für die Verbesserung der Gehälter der Geistlichen, nicht aber für die Verbesserung der Gehälter der Geistlichen. Auch die Gehälter anderer Unterbeamtenkategorien lassen sich wünschenswert erhöhen. Von den staatlichen Arbeitern will ich gar nicht reden. (Laden rechts: Zur Sache!) Ich will auch auf die erbärmlichen Löhne der Arbeiter in den staatlichen Werkstätten nicht eingehen. Präsident v. Kröcher! Ich bitte auch, das nicht zu tun, sondern nur von den Beamten zu sprechen.

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki

Einzig autorisierte Übersetzung von Adolf Seb.

88) (Nachdruck verboten.)
Man sah bis nach Mitternacht am Tisch und führte eine leise, intime, fruchtbare Unterhaltung über das Leben, über die Menschen und über die Zukunft.
Und als der Gedanke in ihr klar war, nahm die Mutter mit einem Seufzer etwas aus ihrer Vergangenheit heraus, etwas Schmerz und Nobes, und indem sie dieses wie einen Stein von ihrem Herzen wälzte, nahm zugleich der Gedanke an Kraft zu.
Im warmen Strom herzlicher Unterhaltung schmolz ihre Furcht dahin und verschwand. Sie fühlte sich jetzt gerade wie an dem Tage, wo ihr Vater ihr mütterlich gesagt hatte:
„Was soll das Maulen! Da hat sich ein Narr gefunden, der Dich betrauten will — geh zu! Alle Mädchen betrauten, alle Weiber kriegen Kinder, alle Kinder machen Kummer! Bist Du etwa kein Mensch?“
Nach diesen Worten sah sie den Weg vor sich, den sie gehen mußte und der sich einsam um einen dunklen leeren Ort hinzog. Und die Notwendigkeit, diesen Weg gehen zu müssen, erfüllte ihr Inneres mit blinder Ruhe. So war es auch jetzt. Als sie aber das Gerannachen des neuen Kummers fühlte, rief sie innerlich, sich an jemand Unbekannten wendend:
„Nimm mich hin!“
Das änderte den letzten Schmerz, der wie eine straff gespannte Saite in ihrem Innern zitterte und sang.
Und in die Tiefe ihres Herzens, das erwartungsvoll behte, strömte ein warmer Hoffnungsschimmer, daß man ihr nicht alles nehmen, nicht alles entreißer würde. Etwas würde übrig bleiben.
XXIV.
Frühmorgens, als Pavel und Andrej schon fortgegangen waren, klopfte die Korfunowa unruhig ans Fenster und rief schnell:
„Moi hat man totgeschlagen! Komm, wollen wir nachsehen.“
Die Mutter fuhr zusammen, in ihrem Kopfe blitzte wie ein Funke der Name des Mörders auf.
„Wer?“ fragte sie kurz und warf einen Schall um die Schultern.
„Er hoch doch nicht neben Moi, hat ihn niedergeschlagen und ist verschwunden!“ erwiderte Maria.

Auf der Straße sagte sie:
„Jetzt fängt man wieder an herumzuschneffeln, den Schuldigen zu suchen. Gut, daß Deine Leute Nachts zu Hause waren — ich kann es bezeugen. Ich ging nach Mitternacht an Deinem Hause vorüber, guckte bei Dir ins Fenster, da sahest Du alle am Tisch.“
„Was denn, Maria? Kann denn jemand auf sie Verdacht haben?“ rief die Mutter erschrocken.
„Wer hat ihn denn getötet? Doch sicher einer von Euren Leuten!“ meinte die Korfunowa überzeugt. „Alle Welt weiß, daß er sie ausplündert hat.“
Die Mutter blieb schwer atmend stehen und legte die Hand auf die Brust.
„Was hast Du? Sei nicht ängstlich!... Dem ist ganz recht geschähen... Laß uns schneller gehen, sonst schafften sie ihn fort!“
Die Mutter schritt vorwärts, ohne sich zu fragen, warum, und eine dunkle, schwere Ahnung, Wessolomischkows sei der Täter, schüttelte sie und ließ sie.
„Er hat also seine Absicht ausgeführt!“ dachte sie stumpfsinnig.
Unweit der Zastukmauer, an der Stelle, wo kürzlich ein Haus niedergebrannt war, stand eine Volksmenge, die auf den verhöhlten Ueberresten und staubenden Asche herumtrat, und summt wie ein Hummelschwarm. Viele Frauen, noch mehr Kinder, Krämer, Köhner, Polkisten und der Gendarm Petin, ein großer Mann mit dichtem Silberbart und Medaillen auf der Brust.
„Moi lag haß auf dem Boden, den Rücken gegen die angebrannten Balken gelehnt und der entblößten Kopf auf die rechte Schulter geneigt. Seine rechte Hand lag in der Hosentasche, die Finger der linken hatte er in den locheren Boden gesteckt.“
Die Mutter blickte in sein Gesicht — sein eines Auge war starr auf die Mücke gerichtet, die zwischen den schlaff ausgebreiteten Beinen lag, der Mund war erkaumt halb geöffnet, sein rötlicher Bart ragte zur Seite. Sein magerer Körper mit dem spitzen Kopf und dem knochigen, hinunterhängenden Gesicht war noch kleiner vom Tode zusammengezogen. Die Mutter betraugte sich und seufzte. Im Leben war er ihr widerwärtig gewesen, aber jetzt erwiderte er stilles Mitleid in ihr.
„Ein Blut!“ meinte jemand halblaut. „Ist sicher mit der Faust erschlagen.“
Ein hohes Weib zupfte den Gendarm am Kermel und fragte:
„Vielleicht lebt er noch, ah?“
„Scher Dich fort!“ rief der Gendarm halblaut, und sie weckte beifetzte.

„Der Doktor war da, hat gesagt — er ist geliefert!“ erwiderte jemand.
Eine dünne, gefäßige Stimme rief laut:
„Jetzt ist dem Angeber das Maul geklopft... Das ist recht!“
Der Gendarm fuhr herum, schob die ihn dicht umringelten Frauen zurück und fragte drohend:
„Wer hat da etwas zu bemerken?“
Die Menschen zerstreuten sich unter seinen Pfiffen. Einige liefen schnell fort. Einer brach in schändliches Geläch er aus.
Die Mutter ging nach Hause.
Niemand behauert ihn! dachte sie.
Vor ihr aber stand die breite Gestalt Nikolais wie ein Schatten, seine schmalen Augen blickten kalt und grausam drein und seine rechte Hand schlenkerte, als hätte er sie verlegt!... Als ihr Sohn und Andrej zum Mittagessen kamen, fragte sie zu allererst:
„Nun, wie ist's? Ist niemand wegen Moi verhaftet?“
„Ich habe nichts gehört!“ erwiderte der Kleinsten.
Sie sah, daß beide niedergedrückt und finster waren.
„Wird nicht von Nikolai gesprochen?“ erkundigte sich die Mutter leise.
Die strengen Augen ihres Sohnes befehten sich auf ihr Gesicht; er sagte einbringlich:
„Von ihm wird nicht gesprochen. Denkt kaum jemand an ihn. Er ist gar nicht da. Ich gehern Mittag zu Wasser fortgefahren und noch nicht zurück. Ich habe nach ihm gefragt.“
„Nun, Gott sei Dank!“ meinte die Mutter mit einem Seufzer der Erleichterung. „Gott sei Dank!“
Der Kleinsten sah sie an und senkte den Kopf.
„Er liegt da“, erzählte die Mutter nachdenklich, „und sein Gesicht ist ganz verwandelt aus. Und niemand behauert ihn, niemand hat ihn mit einem guten Worte angebeht. Ist so klein und unansehnlich... wie ein trauriger Rest.“
Beim Mittagessen war Pavel plötzlich den Stuhl hin und rief:
„Das verstehe ich nicht!“
„Was?“ fragte der Kleinsten traurig und schweigend.
„Ein wildes Tier, einen Räuber töten... das Begreiffe ich! Ich glaube, ich selbst könnte jemanden niederschlagen, der für die Menschen zum wilden Tier geworden ist. Aber... kann man ein so widerwärtiges klägliches Wesen töten! Wie konnte ich da nur eine Hand erheben!“
Der Kleinsten zuckte langsam die Achseln. Dann sagte er:
„Er war genau so schädlich wie ein wildes Tier...“
„Ich weiß.“ (Fortsetzung folgt.)

Im Rechtsstaat" betitelt der „U“, Beilage zum Berliner Tageblatt, folgende Gegenüberstellung:

Der Redakteur M a r c w a l d hat sich in politischen Dingen gegen das Gesetz vergriffen und wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Wer gegen das Gesetz verstößt, wird bestraft. Der Redakteur M a r c w a l d hat Selbstbeschäftigung beantragt, wurde aber im Gefängnis zu Allenstein wie ein gemeiner Verbrecher mit Ketten beschäftigt, bis der Justizminister einschritt und den Oberstaatsanwalt telegraphisch anwies, diese gefehrvollige Behandlung des Redakteurs Marckwald zu inhibieren. Wer gegen das Gesetz verstößt, wird bestraft.

Wer hat die gefehrvollige Behandlung angeordnet? Wir finden, daß in dieser Gegenüberstellung gar kein U, aber sehr viel Ernst steckt. Das ist unser Rechtsstaat.

Politische Strauchziele. Weil in Linden bei Hannover ein Sozialdemokrat gewählt wurde, hatte der hiesiger Bürgermeister Vobemann dem nationalliberalen Wahlverein heftige Vorwürfe gemacht. Dieser gab den Vorwurf bekanntlich zurück, in einer Resolution heißt es:

Statt dessen blieben nicht nur Mitglieder der städtischen Kollegien den Wahlen überhaupt fern, sondern unterstützten sogar die sozialdemokratische Partei, das gleiche trifft zu bei Wählern, die mit Orden ausgezeichnet wurden.

Diese Denunziation wird von der „Freisinnigen Zeitung“ durch folgende Anmerkung kräftig unterstrichen:

Es wäre interessant, zu erfahren, wodurch Mitglieder der städtischen Kollegien die Sozialdemokratie positiv — denn darum kann es sich, nach dem Wortlaut der Resolution, nur handeln — unterstützt haben.

Die „Freisinnige“ ist, die von Strauchzweigen auf die politische Freiheit verweist.

Die Verhinderung des Grafen Jepselin durch den Kriegsminister von einem vor dem letzten Lusttage wird ausdrücklich bestätigt. Graf Jepselin schreibt dem Berl. Tagebl. nun: Kriegsminister von einem, dessen Vertrauen zu meinem Unternehmen die Durchführung ermöglichte, hat noch vor unserer Trennung in Marzell erkannt, daß er einem von mir gebrauchten Ausdruck eine irrtümliche Deutung gegeben hat. — Also der Soldat mußte vor dem Techniker sich entschuldigen. Das bestätigt alles.

Dr. Alexander Meyer, langjähriger Vertreter des Wahlkreises Halle im Reichstage, bis ihn 1890 Genosse Kunert verdrängte (von 1893 bis 1896 hat Meyer noch einmal das Mandat innegehabt, die Wahl wurde aber 1896 für ungültig erklärt), ist im Alter von 76 Jahren in Friedenau gestorben. Ursprünglich Nationalliberaler, machte er 1880 die Session mit, trat 1893 mit der Spaltung des Freisinnigen zur Freisinnigen Vereinigung. Meyer war einer der mit Redetalent begabten Reichstoten und verstand seine Reden mit Berliner Witz — er war ein Berliner Kind — zu würdigen. Am bekanntesten ist seine „Pierrede“, gemessen, in der er das gefällige Wort prägte: „Das Bier, das nicht getrunken wird, hat seinen Beruf verfehlt“. Alexander Meyer hat lange Jahre Breslau im Abgeordnetenhaus vertreten.

Inseln.

Die Studentenbrügelien in Oesterreich. Während des Sonnabend - Bummels der Wiener Studentenschaft kam es zwischen katholischen und antikirchlichen Studenten zu einer Prügelei. Auf Vermittelung des Rektors konnten die katholischen Studenten abziehen. Die geistigen Kämpfe der „gebildeten“ Jugend!

Bei der Abstimmung über den Unterrichtstat im Herrenhause entfernte sich ein Teil der Mittelpartei und fast die ganze konservative Rechte, um damit ihrer Unzufriedenheit über die Haltung der Regierung in der Hochschulfürsorge und der Wahrnehmung Angelegenheit Ausdruck zu geben.

Korruption in Serbien. Dem „Berliner Tageblatt“ wird gemeldet: Ganz Belgrad spricht augenblicklich von der Entdeckung groß angelegter Schwindelaktionen, die im Zusammenhang mit Aufstellungen an das Kriegsministerium stehen. Vorposten sind zwei Schleppladungen Weizen für das Militär in Belgrad angekommen. Man entdeckte, daß sie nur 35 Prozent Weizen enthielten. Der Rest war Sand. Mehrere Deputierte richteten eine Anforderung an den Kriegsminister, eine strenge Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen einzuleiten. Wie sich jedoch jetzt herausstellte, wurde die Schwindelaktion seit längerem permanent betrieben, nicht allein bei Getreidelieferungen, sondern auch bei den Lieferungen anderer Lebensmittel und sonstiger Gegenstände für die Militärverwaltung. Das Fleisch, das die Soldaten bekamen, war verdorben. Oft bekamen die Soldaten zwei, drei Tage lang überhaupt keinen Bissen Fleisch. Die Lieferungen besorgte hauptsächlich die „Balkaniska Kompa“, eine vor kurzem hauptsächlich durch pensionierte Berufssoldaten gegründete Bank. Die Soldaten trauten sich aus Furcht vor ihren Vorgesetzten nicht, sich zu beschweren. Mehrere Verhaftungen stehen bevor. Weitere unliebste Enttarnungen gelten als unvermeidlich.

Serbien und Rußland leben in guter Freundschaft und griechisch-slawischer Religionsgemeinschaft. Wie die Mitteilungen zeigen, haben sie auch sonst viel verwandtschaftliche Züge!

Das Kosakenregiment in Bosnien. Der Schah hat nach einer Meldung aus Lohran am Sonntag einen Firman erlassen, durch welchen er das Parlament auflöst und Neuwahlen für den Senat und die Volkskammer anordnet. Es wurde angeblich eine allgemeine Amnestie proklamiert, von der drei Personen ausgenommen wurden. Das Volk „ändert“ vollständig seine Ansicht über den Schah.

Dieser beruhigenden Auffassung der Dinge widerspricht eine Meldung der „Times“ aus Lohran. Danach habe der Schah dem von Rußland „ausgeborgten“ Kosakenführer Stakhov überlassen, mit dem Volke nach seinem Belieben zu verfahren. Die Teilnahme an Versammlungen sowie der Besitz und das Tragen von Waffen sind bei Todesstrafe verboten. Der Bevölkerung ist Gehorsam gegen die Truppen eingeschärft. Kosaken batrouillieren in der Stadt; die Räuberbanden der Leute des Emir Sahadur hören oder nicht auf. Die Bazare wurden geschlossen zu öffnen, der Geschäftsbetrieb steht jedoch normal still. Die Kosakenskaplanen berte einige Räden. Verschiedene Deputierte liegen im Kosakenlager in Ketten. Die übrigen sind zerstreut, und ihr Aufenthalt ist unsicher. Die Anzahl der Gefangenen im Lager vermehrt sich stündlich. Sie sind den schärfsten Bedingungen unterworfen. Selbst die Duldung wurde nach Alsat deportiert. Alle Nachrichten aus den Provinzen unterliegen der Zensur.

Die reaktionäre Partei in Lohran hat ein Telegramm des Schah erhalten, in welchem erklärt wird, daß der Schah vor keinem Mittel zurückweichen werde, um die Revolution in Merdelschah niederzuwerfen. Am 26. Juni haben Nachmittags abermals Straßenkämpfe in Lohran stattgefunden. Die Revolutionäre waren mit Gewehren bewaffnet, die ihnen von den Beamten geliefert worden sein sollen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. Juni.

Ein gefinnungstrüchtiger Hauswirt. In der von uns unter obiger Epithete in der vorigen Dienstagnummer gebrachten Notiz sendet uns Herr Sander, Königsbergerstraße 20, eine Berichtigung folgenden Inhalts:

In der „Volkswacht“ ist von mir behauptet, daß einer meiner Mieter, Arbeiter Wilhelm Reizig, von mir auf alle mögliche Art und Weise schikaniert werde, weil er sozialdemokratisch gewählt habe und ich ihn zu beeinflussen gesucht habe, Kandidat zu wählen, und daß darum Reizig mir die Wohnung kündigen werde. Diese Behauptung ist un wahr. Reizig kam viel mehr vor der Wahl zu mir und sagte: „Herr Sander, ich muß fort wählen, sonst schlagen sie mich tot, ich bin sonst des Lebens nicht mehr sicher.“ Ich erwiderte ihm darauf, er solle nur wählen, wie er wolle, damit war die Sache erledigt und ich habe mir nie erlaubt, irgend einen Mieter — und noch dazu aus politischen Gründen — zu schikanieren.

Auf nochmaliges Nachfragen unseres Gewährsmannes, wurde diesem bestätigt, daß Herr Sander die Mieter angehalten und versucht hat, sie in seinem Sinne zu beeinflussen. Die fragliche Anekdote zu dem Arbeiter Reizig soll dagegen anders gelaufen haben. Daß R. die Wohnung kündigen will und daß es nach der Wahl zu Reibereien zwischen ihm und dem Hauswirte gekommen ist, steht fest.

Achtung, Jansenpöbel! Mittwoch, den 2. Juli, Abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 8. Tagesordnung: 1. Hied und Künden des Vereins. 2. Regelung der Zahltag. 3. Besprechung eines Bergungsfalles. 4. Beschließend. Der wichtige Tagesordnung wegen werden die Kollegen ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Achtung, Stetsfischer! Mittwoch, den 1. Juli, Abends 7 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1, unsere Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Besprechung über die im August stattfindende Gaunerkonferenz.

Schauspielhaus. Wie bereits bekanntgegeben, findet am heutigen Montag die Premiere der interessantesten Schauspiel-Novität „Der rote Leutnant“ statt, während Gustav Wieds Komödie „2x2=5“ am kommenden Mittwoch nochmals zur Aufführung gelangt. — Sodann ist es Herrn Direktor Siegel, wenn auch mit großen Opfern, gelungen, den berühmten Künstler, Josef König, i. l. Hofkapellmeister, zu einem kurzen Gastspiel zu gewinnen. Herr Josef König tritt vom 2. bis 7. Juli inkl., mitbin sechs Mal, im Schauspielhaus auf. Der Spielplan gestaltet sich folgendermaßen: Am 2. und 4. Juli „Die Jüdin von Toledo“ von Franz Grillparzer, am 3. und 6. Juli „Torquato Tasso“ von W. v. Goethe, am 5. und 7. Juli „Zwischenfälle“ von Arthur Schnitzler. Die gewählten Stücke bieten dem illustren Gaste Gelegenheit, sich nicht allein in seinen Paraderollen dem Publikum zu präsentieren, sondern auch gleichzeitig seine hervorragende Vielseitigkeit zu betätigen.

Ueberrfahren worden. Am Sonntag, den 24. Juni, auf der Grabschenerstraße an der Friedrichstraße von der elektrischen Straßenbahn zwei im Alter von 3-4 Jahren stehende Kinder des Brückenwagenmeisters Jopert, Kleinstraße 9. Beide Kinderchen wurden erheblich verletzt unter dem Wagen hervorgerollt.

Schwer die Verletzungen sind und erst die ärztliche Untersuchung ergeben. Den Führer des Wagens soll, wie versichert wird, keine Schuld an dem Unfall treffen, da die Kinder direkt in den Wagen hineingelaufen seien.

Gesperret wird wegen Umplasterung die Draisstraße zwischen Grabschenerstraße und Wisenplatz vom 26. Juni bis 16. August für Fußverkehr und Reiter.

Feuer. Am 28. Juni, Mittags 12 1/2 Uhr, rächte die Feuerwehre nach Klosterstraße 41, wo im Keller Papier-Resse in Brand geraten waren. — Am 27. d. M. wurde die Feuerwehre um 12 1/2 Uhr nach der Großen Grodchenstraße 7 alarmiert, wo in einem Schuhwarengeschäft ein Brand entstanden war, der in einer Viertelstunde gelöscht wurde.

Gefunden wurden zwei Messingrollen, ein Nadelzinnener, ein Strohhut, ein Spatenstoch, ein Schlüsselring mit zwei Schlüsseln, eine Windbüchse mit Nadeln und eine Bange, verschiedene Papiere, ein Sommerbegehler, ein Vincenz mit dunklen Gläsern, ein Friseurkästchen und mehrere Portemonnaie mit Inhalt.

Angelaufen ist ein weißer Fopierier mit gelben Ohren. Verloren wurden ein feidener Damenschirm mit goldenen Ring am Griff, ein Sonnenschirm, ein grünes Jackett, ein goldener Ring mit einem, von kleinen Diamanten umgebenen Stein.

Gesperret werden wegen Verlegung von Gasröhren die Kleinschlagstraße zwischen Vinne und Döwigerstraße vom 1. bis 31. Juli; die Döwigerstraße zwischen Kleinschlagstraße und Eisenbahnunterführung vom 27. Juli bis 8. August halbtägig; die Werderstraße zwischen Werderbrücke und Universitätsbrücke vom 6. Juli bis 8. August wegen Umplasterung und wegen Veränderung der Höhenlage die Poststraße von der nördlichen Vorbreitenstraße der Döwigerstraße bis 20 Meter nach Norden hin, vom 2. Juli ab auf 14 Tage ganz für Fußverkehr und Reiter.

Diebstähle. Am 26. d. M. wurde aus dem Portal des hiesigen Amtsgerichtsgebäudes einem Uhrmacher von der Georgenstraße ein Federarm Marke „Victoria“ gestohlen. — Wieder einmal ist ein auf einer Promenadenbank einerschlafener Mann, und zwar am 26. d. M. auf dem Simeisenaufplatze, um Uhr (ges. Paul Pawel), ein Portemonnaie mit 7 Mk. Inhalt und ein Taschmesser gestohlen worden. — Einem Wäcker wurde in einer Kaffeehalle auf der Oberstraße durch einen Taschendieb ein Portemonnaie mit 17 Mark entwendet; aus einem Schuppen auf dem Holzlagerplatz in der Monhauptstraße am 22. d. M. eine silberne Uhr (ges. R. Glänes) und Nadelstifte.

Einbrüche. In eine Restauration auf der Schwertstraße ist am 26. d. M. eingebrochen und aus einem Schrankschub 60 Pf., und lobann der Automat (Briefträger) gestohlen worden; letzteren fand man erbrochen im Nachbarofe, sein Inhalt, etwa 7 Mk., war natürlich entwendet. — Am 27. d. M. ist ein Dieb in eine Restauration auf der Neuborsstraße eingebrochen und hat dort 80 Zigarren und 3 Mk. Wechselgeld, 1 goldenen Ring und aus dem erbrochenen Schnepferautomat etwa 40 Mk. gestohlen. — In einem Raminchenstall in einem Grundstück in der Hohenlohestraße brach am 26. d. M. ein Dieb ein, und stahl drei große Raminchen von weißer Farbe, mit schwarzen Schnansen. — In der Nacht zum 26. d. M. haben Einbrecher einem Entschänder auf der Lauenburgerstraße Butter, Käse und Eier im Werte von 10 Mk. entwendet. — In der Nacht zum 19. d. M. ist auf der Kaiser Wilhelmstraße ein Dieb eingestiegen, hat mittels Nachschlüssel die Wohnräume geöffnet und aus einem Tischschrank eine Nettwurk, eine Flasche Wasel und aus dem Glaskasten eine Riste Zigarren und 5-7 Wechselgeld mit Zigaretten gestohlen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei für die Reichstagswahlkreise Breslau-Ost und West. — 6800 Mitglieder. — Monatsbeitrag 20 Pf. — Die Mitgliedschaft mit 1250 Bänden steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung; Bibliothekstunden jeden Montag von 7-9 Uhr Abends, Ausgabe von Büchern nach gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. — Kandidaten für den Reichstag sind aus der Partei: Sekretariat, Neue Gewerkschaftsstraße 5, II. zu richten, das an Wochenenden von 8-1 und 4-7 Uhr geöffnet ist; Telefon Nr. 4005. Im Parteizentrum werden jederzeit neue Mitglieder aufgenommen und sind Aufnahmefragen, sowie Beihilfen für die „Volkswacht“ zu haben. Rechtsamtliche Fragen im Parteizentrum nicht gestellt werden. — Präsident des Vereins ist Herr J. Montag im Monat in den Bezirkslokalen, Vorsitzender des Parteizentrums Montag im Monat in den Bezirkslokalen. — Vorsitzender des Parteizentrums: Sekretariat, Paulstraße 28; Vorsitzender der Parteikommission: Paulstraße 28; Vorsitzender der Parteikommission: Paulstraße 28.

Neueste Nachrichten.

Der Schluß des Gewerkschaftskongresses.

Hamburg, 29. Juni. Die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses wurden am Sonnabend Mittag zu Ende geführt.

Bismarck hielt die Schlußrede: „Wir haben eine sehr umfangreiche Tagesordnung sehr reich erledigt. Das beweist, daß wir Selbstbeherrschung und Disziplin gelernt haben. Unsere Verhandlungen waren auch durchweg sehr ruhig. Ich freue mich, daß wir endlich soweit gekommen sind, daß wir große Streitfragen nicht mehr auszusprechen haben. Auch mit der anderen Seite der Arbeiterbewegung haben wir uns durchgängig verständigt. Von einer Frage, die nach dem letzten Kongreß die Arbeiterkraft in helle Erregung versetzte, dem Generalstreik, war diesmal überhaupt nicht die Rede. (Gelächter.) Grundtätliche Differenzen gibt es zwischen den beiden Hauptteilen der Arbeiterbewegung überhaupt nicht mehr. Vorüber sind die Zeiten des Mißtrauens und der Eifersucht, alle haben die Ueberzeugung gewonnen, daß wir gemeinsam auf die großen Ziele der Arbeiterbewegung hinarbeiten müssen. (Beifall.) Diese Einigkeit brauchen wir — ich sage nicht: diese Ruhe, damit nicht wieder lange Zeitstrahlen über das Ruhebedürfnis der Gewerkschaften geschrieben werden. (Gelächter.) Wir brauchen diese Einigkeit, weil wir vor noch größeren Aufgaben stehen und uns auf große, zentrale Kämpfe mit geschlossenen Unternehmernverbänden richten müssen. Um sie zu gewinnen, brauchen wir noch viel mehr Mitgefühl und noch viel größere innere Festigkeit. (Sehr wahr!) Aber wenn wir nicht Streit haben, sondern Einigkeit, dann können wir auch sicher sein, daß wir in Zukunft alle Ursachen beseitigen werden, die an uns heranreifen. Und so lassen Sie uns hinausgehen in die Lande und alle Kraft einsetzen für den großen Kampf der Arbeiterkraft.“ (Lebhafte, langanhaltende Beifall.)

Mit einem dreifachen Hoch auf die freien deutschen Gewerkschaften schloß hierauf Bismarck den Kongreß. Unter dem Gehörg der Arbeiter-Parasellatze verließen die Delegierten den Saal.

Bayerischer sozialdemokratischer Parteitag.

München, 29. Juni. Gestern begann der Parteitag der bayerischen Sozialdemokraten. In dem Geschäftsbereich wird mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl innerhalb zwei Jahren von 35.000 auf 47.000 gestiegen ist. Anwesend waren 200 Delegierte. Den Bericht des Landesvorstandes erstattete Auer. Eine Resolution des Ravensburger Parteiprogramms wurde in Aussicht gestellt. Zur Wohnungsfrage und Steuerreform war eine Reihe von Vorschlägen und Resolutionen eingegangen, die Annahme fanden. Danach soll die Partei in der Wohnungsfürsorge im Staate wie in der Gemeinde die Initiative ergreifen. Hinsichtlich der Steuern soll die Partei im Reich wie in Bayern nur für direkte Steuern eintreten, vor allem aber gegen ein Elektrizitätsmonopol, durch das Bayern wirtschaftlich schwer geschädigt wurde, eintreten.

Der Staatsfremd des Schah.

Wien, 29. Juni. (S. L. A.) Den Letzteren wird aus Lohran über Lohran gemeldet: Trotz der Versprechungen des Schah sind gestern zwölf Abgeordnete ab dem Kriegserricht zum Tode verurteilt worden.

Lohran, 29. Juni. (S. L. A.) Da erneute Unruhen bei der Abreise des Schahs aus dem alten Feldlager nicht ausgeschlossen erscheinen, so trifft ein Kommando der Kosaken Sicherheitsmaßregeln. Der Schah befahl, daß zwei Kosakenabteure der Kosakenbrigade zur Aufrechterhaltung der Ordnung für immer zur Verfügung gestellt werden. Kosaken hatten noch immer die Ausgänge der ergriffenen Gefangenschaft besetzt.

Petersburg, 29. Juni. (S. L. A.) Aus Lohran wird gemeldet: In den Versammlungen wird der Schah als gewöhnlicher Bürger bezeichnet. Man betrachtet ihn als entthront. Mit größter Begeisterung wird allerorts ein in tausenden von Exemplaren verbreiteter Brief Sim-Gesultans an den Schah gelesen, in welchem die Besetzung aufs schärfste verurteilt wird. Aus Lohran ist die Nachricht eingelaufen, daß der berühmte Räuberhauptmann Kasim Khan auf Seite der Gegner des Sultans steht. Am Sonnabend ist ein Attentat auf den Kommandanten der Truppen, Art Khan, verübt worden. Der Kommandant wurde verwundet. Die Revolutionäre erklären sich offen als die Attentäter. Sie eröffnen eine Prospektionsliste, auf der bereits eine Reihe der höchstehenden Personen bezeichnet ist. In Lohran wächst die Erregung immer mehr. Die Straßenkämpfe dauern fort. Die letzten Verurteilten in die Konfulate gesteckt. Häuser werden ausgeraubt. In Lohran dauern die Verhaftungen an.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Bodentags von 12-1 Uhr Mittags. S. W., Waldenburg. In der Rinn in der Sonntag Nummer erteilen Auskunft muß es zum Schluß heißen: „und die Familie darf nicht die (nicht die) nicht beiraten.“ M. A., Gernsdorf. Wenn sie keine Steuer zahlen, dürfen Sie an der Gemeinewahl nicht teilnehmen. Als werden Sie sich. G. Schwientochowitz. Während der militärischen Werbung muß Ihre Familie unterstützt werden. Werden Sie sich an das Bezirkskommando. R., Gräßchen. Sie müssen die gemietete Wohnung beziehen oder für einen Monat die Miete bezahlen.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus. Montag, den 29. Juni: Drechsler. Versammlung, Zimmer 1. Ausarbeiter. Abends 6 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Zimmer 2. Mittwoch, den 1. Juli: Arbeiter-Radschreiber-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch; Vereinsabend. Donnerstag, den 2. Juli: Maschinensetzer. Abends 8 Uhr: Versammlung, Zimmer 1. Sozialdemokratischer Verein Breslau. An die Bezirks- und Bezirksführer? Montag, den 29. Juni, Abends 8 Uhr: Abrechnung in den Bezirkslokalen. Die Bezirksführer werden ersucht, sämtlich zu erscheinen und die Kontrollarten, welche eingezogen werden mitzubringen. Auch diejenigen Genossen, die bisher abgerechnet haben wollen zur Stelle sein, da sie noch wichtige Dinge zu besprechen sind. Sozialdemokratischer Verein Breslau (Süd). Kennermarkt. Sand-Distrikt 4. Bezirk Partitz, Krieger, Mettenberg. Mittwoch, den 1. Juli, Abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Zusammenkunft des Stammes. Nur Mitglieder der genannten Bezirke haben Zutritt. Mitglieder anderer Bezirke sind nicht zugelassen. Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Druckerei: Große Neustraße 5/6. — Verlag von Oskar Schöns. — Druck von Oskar Schöns. — Preis 2 Pfennig.

Fürst Eulenburg vor den Geschworenen.

Berlin, den 27. Juni 1908.

Ueber den Prozeß gegen den Fürsten zu Eulenburg wegen Vornehmheit und Verleitung zum Meineide, der heute, am 29. Juni, 11 Uhr Vormittags, in Alt-Moabit 11 beginnt, können wir erst morgen berichten. Fürst Eulenburg ist seit langen Jahren starker Morphium- und hat dieses Betäubungsmittel auch während seiner Untersuchungshaft weiter erhalten. Auf diese Angelegenheit des Angeklagten wird, so erzählt die „Neue Gesellschaft“, bei der Prozeßführung weitestgehend Rücksicht genommen. Morphiumisten sind des Morgens in der Frühe von dem Gift, das sie an dem vorangegangenen Tage dem Körper zugeführt haben, noch erschöpft und müde, und müssen erst, um wieder voll in den Besitz ihrer körperlichen und geistigen Kräfte zu gelangen, eine neue Dosis Morphium zu sich nehmen. Daher beginnen die Verhandlungen immer erst um 11 Uhr Vormittags, eine Stunde vor Ausgabe der „Volkswacht“, und dauern nicht länger als drei Stunden. Außerdem erhält Fürst Eulenburg alle drei Tage einen Rubetage.

Der Angeklagte, Philipp, Fürst zu Eulenburg und Hertefeld, Graf v. Sandels, wurde am 12. Februar 1847 in Königsberg i. Pr. als ältester Sohn des 1889 verstorbenen Grafen Philipp zu Eulenburg geboren. Er besuchte von 1863 bis 1866 das Bismarcksche Gymnasium in Dresden, trat dann in das Regiment der Garde des Corps ein, wurde 1868 Leutnant, bestand 1870 die Abiturientenprüfung, nahm am Kriege gegen Frankreich teil und nach dessen Beendigung seinen Abschied. Er studierte von 1872 bis 1875 in Leipzig und Straßburg und legte 1875 in Gießen die Prüfung ab. Er war ab dem 1. März 1876 bis 1878 im preussischen juristischen Dienst tätig und trat 1878 in den Dienst des Auswärtigen Amtes. Die einzelnen Stationen seiner diplomatischen Laufbahn sind folgende: 1878 Attache in Stockholm, 1879 in Dresden, 1880 Legationssekretär, 1881 bei der Botschaft in Paris, 1881 bis 1888 in München, wo er zum Legationsrat aufstieg, 1888 bis 1890 Gesandter in Oldenburg und Braunschweig, 1890 bis 1891 in Stuttgart, 1891 bis 1894 in München, 1894 bis 1902 Botschafter des Deutschen Reiches am Wiener Hofe. 1898 wurde er Mitglied der Geheimen Räte und am 18. Februar des gleichen Jahres in den erblichen preussischen Fürstenstand versetzt, nachdem er bereits infolge seiner Vermählung mit Auguste v. Sandels, mit der er ein Geschlecht der schweidischen Grafen v. Sandels ausstiftete, die Erlaubnis erhalten hatte, sich Graf von Sandels zu nennen. Seit dem Jahre 1900 ist Fürst Philipp zu Eulenburg erbliches Mitglied der preussischen Herrenkammer und seit 1903 Mitglied der Reichskammer der Herren. Seine Ehe entsprossen sieben Kinder, von denen sechs am Leben sind.

6. Kongress

der Gewerkschaften Deutschlands.

5. Verhandlungstag
(Vormittags-Sitzung)

Hamburg, den 26. Juni.

Zu Beginn der heutigen Sitzung stellt zunächst Garbe-Miel gegenüber dem gestrigen Stimmungsbild des Vorwärts fest, daß er in der Kaiserfrage nicht dem Standpunkte der Metallarbeiterdelegation widerprochen hätte, sondern daß er nur den von Cohen im Anschluß an die offizielle Erklärung der Delegation der Metallarbeiter, daß sie den Vereinbarungen zustimmten, getanen privaten Äußerungen durch einen Zwischenruf widerprochen hätte.

Diemann-Frankfurt a. M. berichtet die Darstellung der Parteipresse, daß er den Auftrag erfüllt hätte, die Frankfurter Resolution zu begründen, dahin, daß er diesen Auftrag nicht dem Metallarbeiterverband, sondern von dem Frankfurter Gewerkschaftskomitee erhalten hätte. (Lachen.)

Dann tritt der Kongress in die Tagesordnung ein. Zur Debatte steht das Referat und die Resolution Mollenbührs über die

Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland.

Frau Thier-Berlin begründet folgenden Antrag des gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkomitees:

„Der von der Regierung vorgelegte Entwurf eines Gesetzes für Arbeitskammern entspricht noch keiner Richtung des

Anforderungen, welche Arbeiter und Arbeiterinnen an eine für sie so außerordentlich wichtigen Institution zu stellen berechtigt sind. Das Arbeitsfeld der Kammern wird von vornherein außerordentlich eingeschränkt, während das Tätigkeitsfeld sich erst bei der praktischen Arbeit weit übersehen lassen.

Für die Wahl der Vertreter der Arbeiterschaft sind in dem Gesetzentwurf Bestimmungen getroffen, nach welchen das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter bezüglich der Besetzung der Kammern völlig ausgeschlossen wird. Während in der Begründung zu dem Entwurf gesagt wird, daß zu den Arbeitskammern Personen beiderlei Geschlechts wählbar sein sollen, enthält der § 18 die gleiche Bestimmung wie das Gewerbeverfassungsgesetz, nach dem nicht wählbar ist, wer nach § 32 des Gewerbeverfassungsgesetzes zum Amte eines Schöffen unfähig ist.

Da ferner die Hälfte der Wähler aus den Unfallversicherungsausstellungen, in welchen Arbeiterinnen nicht sind, zu wählen ist, so sind die Arbeiterinnen nicht nur von der Wählbarkeit zu den Kammern ausgeschlossen, sondern es ist ihnen zum Teil auch das Wahlrecht genommen.

Unter Berücksichtigung dessen, daß selbst die verbündeten Regierungen in der Begründung eines Entwurfes eines Reichsgewerbeverfassungsgesetzes erklärten, daß es nicht angängig sei, die bei jeglicher Industriearbeit tätigen Arbeiterinnen von den zum Schutze der Arbeiter geschaffenen Institutionen auszuschließen, fordert der Kongress:

daß in jedem Gesetzentwurf betreffend eine gesetzliche Vertretung der Arbeiterklasse, das gleiche Recht für Arbeiter und Arbeiterinnen zur Geltung kommt.

Der Gesetzentwurf betreffend die Arbeitskammern ist deshalb nicht nur wegen seiner grundlegenden Bestimmungen, sondern auch deswegen zu verwerfen, weil er den sieben Millionen gewerblicher Arbeiterinnen, von denen der Staat und die Gemeinden in gleicher Weise Steuern verlangen, wie von den männlichen Arbeitern, die Wählbarkeit vollständig und zum Teil auch das Wahlrecht zu der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft vorenthält.

Begründend weist Genossin Thier auf das Befürchten hin, daß nun auch in diesem Gesetz die Arbeiterinnen mit Erschloßen und Ausschloßen auf eine Stufe gestellt werden sollten. Sie fordert eine energische Kampftätigkeit gegen diese unerbittliche Behandlung der Hälfte des Volkes zugunsten eines einheitlichen Arbeiterrechts. (Beifall.)

Die Resolutionen Mollenbühr und Thier werden debattelos einstimmig angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die

staatliche Versicherung der Privatangestellten.

Der Referent R. Lange-Hamburg führt aus: Nach dem Beschlusse des internationalen Sozialkongresses von Amsterdam fordern wir die allgemeine Versicherung der Arbeiter aller Art. Das verpflichtet uns, auch dem Streben der Privatangestellten nach dem Ausbau ihrer Alters- und Invaliden-Versicherung und nach der Erwerbung der Unfallversicherung zu unterstützen. Auch große Teile der bürgerlichen Parteien stehen diesen Forderungen der Privatbeamten freundlich gegenüber. Aber sie treibt die Furcht vor der Sozialdemokratie, sie wollen etwas tun, um die bisher von der Sozialgesetzgebung vergessenen Privatbeamten vom Ansehen der Arbeiter und Sozialdemokratie zurückzuführen. Gerade wegen dieses Zwiespalt halten sie auch die Privatbeamten so lange hin, als deren Geduld reicht, und die reichlich leider sehr weilt. Wird aber einmal die Privatbeamtenversicherung geschaffen, so sollen durch sie die Privatbeamten eine Hilfsstruppe der Unternehmer gegen die Arbeiter werden. So wollen es alle bürgerlichen Parteien und auch die christlich-nationalen Arbeiter. Der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband antientwärtlicher Richtung fordert eine Sonderversicherung der Privatangestellten, weil das für die handespolitische Entwicklung der Handlungsgehilfen von der größten Bedeutung sei; dadurch werde der Entwidlung der Privatbeamten zum Lohnarbeiter und Massenproletariat endgültig ein Riegel vorgeschoben. So legt man auf die Form der Versicherung mehr Gewicht als auf die Leistungen und wagt sich in dem überhöhten Dämme, dadurch der Profetarisierung der Handlungsgehilfen und Privatbeamten begegnen zu können. Wir aber verlangen eine einheitliche Versicherung für Arbeiter und Privatbeamte durch Ausbau der Alters- und Invaliden-Versicherung. Die Grenze zwischen Arbeiter und Lohnarbeiter ist oft flüchtig. Bei einer selbständigen besseren Versicherung würde der Abrang zum Privatbeamtenstande umgekehrt werden. Bei der selbständigen Versicherung der Privatbeamten wird auch die Betriebsrentenkasse die den Arbeiter an einen Betrieb fesselt, als Ersatz anerkannt werden, was das Invalidenversicherungsgesetz bekanntlich ausschließt. So gebietet das Interesse der Privatbeamten selbst, der

Invalidenversicherung der Arbeiter angelehnt zu werden. Aber auch gegen die Arbeiter wäre es ein schweres Unrecht, nur den Privatbeamten eine bessere Invalidenversicherung zu schaffen. Alle bürgerlichen Parteien einschließlich der durch Schweigen mittelbaren christlichen Gewerkschaften sind zu diesem Verrat an der Arbeiterschaft bereit, der jede Verbesserung des Invalidenversicherungsgesetzes für die Arbeiter auf lange Zeit hinaus unmöglich macht. Wenn so die bürgerlichen Parteien die Arbeiter aufs Schwerste zu schädigen suchen, ist es unsere Pflicht, die Arbeiter aufzuklären, daß sie mit uns laut rufen:

Wir unterstützen die Bestrebungen der Privatangestellten auf Verbesserung der Versicherungs- und Invalidenversicherung, insbesondere der Alters- und Invalidenversicherung einschließlich der Witwen- und Waisenfürsorge aufs entschiedenste, aber wir fordern im Interesse der Privatangestellten selbst und der Arbeiter eine Reform der staatlichen Versicherung, die sich auf alle Schichten der lohnarbeitenden Bevölkerung erstreckt. (Lebhafter Beifall.)

Der Referent legt eine im Sinne seines Vortrages gebaltene Resolution vor, die einstimmig Annahme findet.

Die Redaktionskommission legt inzwischen den endgültig zusammengestellten Text der Resolution über die Grenzvertretigkeiten vor. Sie wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt in der Tagesordnung:

Die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung.

Der Referent P. o. e. s. c. -Berlin führt aus: Der Gewerkschaftskongress hat sich schon wiederholt mit der Arbeitsvermittlung beschäftigt. Aber da handelte es sich nur darum, wer den Arbeitsnachweis haben sollte, ob Arbeiter oder Unternehmer oder paritätisch die Stadt. Mit der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung befaßt wir uns zum ersten Male. Ueber den Umfang der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, die Zahl und die Organisation der Arbeitsvermittler besteht kaum ein irgendwie ausreichendes statistisches Material. In den verschiedensten organisierten Berufen und Berufen selbst diese schwere soziale Krankheit am heftigsten. Leute von zweifelhafter moralischer Qualifikation sind es, die hier die Arbeitsuchenden ausbeuten. Politisch gemeindet als Stellungsvermittler sind etwa 10.000, aber in Wahrheit dürften es viel mehr sein, weil sie sich der polizeilichen Kontrolle entziehen. Ueber die Höhe der Entnahmen liegen nur Einzelangaben vor. Aber auch wo Polizeiverordnungen bestehen, daß die Gebühren in Bücher eingetragen werden sollen, sind die Entnahmen viel höher. Nur gehen sie unter dem Namen „Auslagen“ oder „Gehälter“. Auch wo die Verhinderung von Schein- und Schlafstellen mit Arbeitsnachweisen verboten sind, wird dieses Instrument doppelter Ausbeutung auf indirektem Wege aufrechterhalten. Das Verbot an die Gewerkschaft, Schlafstellen zu haben, das nur zur zweifachen Ausbeutung der Seeleute durch Gewerkschaften und Schlafstätten geführt, die natürlich unter einer Decke stehen. Am schwersten leiden unter dieser gewerkschaftlichen Stellenvermittlung die Bäcker und Fleischer, die Gastwirtschaftsgehilfen, die Kaufleute, die Dienstboten, Handarbeiter und Seelente. Bei den Bäckern haben die Kommunisten trotz der Immunitätsimmunität die nicht besser sind, noch ein weiteres Ausbeutungsfeld. Ebenso bei den Fleischern. Die schwersten Mißstände herrschen bekanntlich im Gastwirtsberuf, wo bis zu 300 Mark für Rabattnen- und sogenanntes „Rab-Öfen“ vervollständigen die Ausbeutung der Arbeitslosen. Die Kleinrentnerinnen in den Antimierneiben, für die besondere Stellenvermittlungsbureaus bestehen, müssen für jeden Tag, den sie im Dienste stehen, 30 Pfennig Vermittlungsgebühr zahlen, die ihnen gleich morgens von den Marken abgezogen werden! Die Handlungsgehilfen leiden vielfach unter dem Schwindel der „Kalkulations-Anlagen“, die gar keine Stellen vermitteln haben. Die Dienstboten mit ihrem häufigen Stellenwechsel zahlen an die Vermittlerinnen ungeheure Summen. Wo sie in der Zeit der Arbeitslosigkeit bei der Stellenvermittlung auch wohnen, werden sie oft zu unbilligem Lebenswandel verleitet. Die Dienstmädchenbüros in der Fägerstraße in Berlin, die einem alten Geschäftsmann gehören, verdient jährlich 200.000 Mark! Di. Handarbeiter sind so arm und so frap, daß sie ihnen die übermäßigen Gebühren von den Arbeitgeberern getragen werden müssen. Über natürlich drückt dies indirekt doch wieder auf die Lohnarbeiterlöhne. Im Seemannsberuf ist das ausbeuterische Treiben der „Wase“ bekannt. Aber die Gewerkschaften der großen Reedereien sind nicht besser als die Ausbeuter; sie geben die Arbeiter und ihre Organisationen ganz in die Hände des Großkapitals. Ueberhaupt sind die schwachen Organisationen diejenigen, die am meisten unter der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung zu leiden haben. Helfen Sie den schwächeren Organisationen, den Kampf für die Befreiung der Arbeiterschaft von dieser Plage zu führen. (Lebhafter Beifall.)

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Röntgenuntersuchung togeborener Kinder. Die Frage, ob ein Kind, das tot zur Welt kam, nicht doch eine Zeitlang gelebt hat, kann unter Umständen von größter Wichtigkeit sein. Der französische Gelehrte Bailant, der erst vor kurzer Zeit infolge einer Behauptung, auf radiographischem Wege den Scheintod vom wirklichen Tode unterscheiden zu können, eine recht heftige Polemik durchzuführen hatte, die anscheinend nicht zu Gunsten seiner Methode verlief, erklärt jetzt in den Sitzungsberichten der Pariser Akademie der Wissenschaften, daß die Röntgenmethode das genannte Problem lösen könne. Die Durchstrahlung der Leiche soll erkennen lassen, ob ein Kind getötet und irgendwelche Nahrung zu sich genommen hat und damit eine wertvolle Bereicherung der gerichtsarztlichen Methoden darstellen. Die Untersuchungen haben gestattet, fünf Gruppen zu unterscheiden: 1. Kinder, die gar nicht gelebt haben; das Röntgenbild läßt überhaupt kein inneres Organ erkennen. 2. Kinder, die einige Atemzüge getan haben; der Magen allein ist sichtbar; je mehr Atemzüge stattgefunden, desto durchsichtiger, deutlicher und größer wird er, indem er von der Dünne einer Erbsen bis zu der einer besonders großen Bohne hinaufgeht. 3. Kinder, die 1-14 Stunden gelebt haben; Durchsichtigkeit und Größe des Magens nehmen noch weiter zu; die Eingeweide werden auf dem Bilde sichtbar. 4. Kinder, die mehrere Tage gelebt haben, ohne Nahrung aufzunehmen. Auch die Lungen sind sichtbar, die Leber ist deutlich zu erkennen, während das Bild des Herzens oft verschwommen bleibt. 5. Kinder, die mehrere Tage hindurch genährt worden sind; alle Organe sind noch deutlicher, und die Eingeweide stellen sich infolge der vermehrten Darmgase schärfer dar. Diese Feststellungen lassen erkennen, daß das Erscheinen der Lunge nur als Ergänzung des sonstigen Befundes in Betracht kommt, während das allmähliche Verschwinden der Unterleibsorgane innerhalb gewisser Grenzen erkennen läßt, ob und wie lange ein Kind gelebt hat. Wenn es gelebt hat, werden die Bauchorgane sichtbar, wenn dies nicht der Fall war, ist überhaupt kein Organ erkennbar.

Eine beachtenswerte Beobachtung aus dem Tierleben enthält der im „Kölnen Kreuz“ mitgeteilte Bericht des Vertreters der freiwilligen Krankenpflege in Südwestafrika, Oberschwärmer Freiherrn v. Pützler. Auf einem von Okahandja aus unternommenenritte sah er gegen Abend an einer Stelle des Weges ungewöhnlich viele und große Vögel, Adler und Geier freizehen; auch einige Dornbäume waren dicht von diesen Vögeln besetzt. Freiherr v. P. ritt näher, in der Meinung, daß dort Leichen von Menschen oder Tieren lägen, doch es war nichts davon zu sehen. Am Himmel waren einige Vögel sichtbar, aber keine

wegs besonders drohende. Nördlich begann aus diesen Wäldern sich unter Blitz und Donner ein richtiger tropischer Gewitterregen zu entwickeln, der in Keinen Mäßen in all die Vertiefungen und Löcher des Bodens eindrang und deren Bewohner: Schlangen, Skorpionen, Spinnen und Erdmännchen (eine Art Mäuse) heraustrieb. Nun begannen die Adler und Geier, auf dieses aus seinen Schupfnästen herausgetriebene Gevölk zu stoßen und es zu verzehren. Freiherr v. P. erfuhr später, daß die Ansammlung der großen Vögel, die die in den höheren Luftschichten vorhandene elektrische Spannung früher zu empfinden schienen, als der Mensch, stets das sicherste Anzeichen für Gewitter sei.

Aus aller Welt.

Einäschern eines russischen Grenzstädtchens. Am Mittwoch ist das etwa 3000 Einwohner zählende russische Grenzstädtchen Grottingen, drei Meilen nördlich von Remel, von einer riesigen Feuerbrunst heimgesucht worden. Grottingen ist ein beliebtes Ausflugsziel der Remeler und bekannt durch eine schöne Kirche, vor allem aber durch ein Schloss des Grafen Dyakowits mit prächtigem Park und Palmengarten. Bei der Feuerbrunst am Mittwoch sind über 200 Häuser des meistens von armen jüdischen Dienstarbeitern bewohnten Städtchens dem Feuer zum Opfer gefallen. Sieben Menschen sind in den Flammen umgekommen, wahrscheinlich aber ist die Zahl der Opfer sogar noch größer, da noch gestern mehrere Kinder vermisst wurden. Das Städtchen ist groß. Das gefällige Schloss und das Eiserne Kloster blieben vom Feuer verschont.

Ein reicher Armer. In der „Berliner zur Heimat“ in Altona erschien dieser Tage ein etwa 82jähriger Fremder, der sich Mathias Reuschmann nannte und aus ein Nachquartier hat. Er erzählte, er komme direkt aus Australien und wolle auf der Insel Februnar Verwandte besuchen, die er seit 25 Jahren nicht gesehen habe. Der Greis sprach auch die Absicht aus, daß er, sobald er sich von der Seereise erholt habe, zu Fuß dahin wandern müsse, da er nur über geringe Vermittlung verfüge. In der darauffolgenden Nacht wurde der alte Mann vom Schlafe getroffen und fand auf der Stelle. Als die Leiche in der Leichenhalle entleert wurde, fand man im Zeug eingewickelt eine Summe von etwa 75.000 Mk. in Gold und Banknoten. Das Geld hatte der „Arme“ sich wahrscheinlich als Geschenk in Australien erworben. Die Polizei befragte

nahmte die 75.000 Mk. und wird nach den berechtigten Erben des Verstorbenen Nachforschungen anstellen lassen.

Die Schiffskatastrophe an der spanischen Küste. Zu dem Untergange des Dampfers „Caraca“ wird aus Madrid noch gemeldet: Die Anzahl der bei dem Schiffsbruch der „Caraca“ Umgekommenen schwankt zwischen 85 und 90. Die Anzahl ist vorläufig, daß das Sinken des Schiffes durch eine Kesselexplosion beschleunigt wurde. Schreckliche Einzelheiten werden allmählich bekannt. Ein Schiffskoch rettete sich auf einem Brett, das mit Holz in der See umhertrieb; er ist fürchterlich angebrüht. Es fanden entsetzliche Kämpfe zwischen den Untergangenden um die Balken, Rettungsanker und andere Hilfsstoffe statt. Zwei Fischer, die in ihrem kleinen Boot zu Hilfe eilten, sanken mit dem von Rettungsuchenden überfüllten Boot. Im Dampfer selbst kamen einige Dutzend Zurückgebliebene um.

Das Münchener Bankiersdrama hat jetzt die erste Folge gezeitigt. Die Bankkommandite Gebrüder Klopfer tritt, wie aus München gemeldet, in Liquidation. Die Optimisten unter den Geschäftskreisläufen hoffen, bei langsame Entwicklung eines Konkurses vermeiden zu können. Durch das Konkursverfahren der Firma Klopfer werden voraussichtlich auch eine Münchener Walzfabrik und eine Ziegelei in Insohlstadt in Mitschenschaft gezogen werden. Die Verluste betragen sich auf anderthalb bis zwei Millionen Mark. Außerdem sind für mehrere hunderttausend Mark Wechsel im Umlauf. Die Deposits sollen intakt sein.

Ein hochinteressantes Naturwunder, wie es nur ander ordentlich selten vorkommt, ist Freitag auf dem Müggelsee bei Berlin beobachtet worden. Gegen 2 Uhr entwickelte sich am rechten Ufer ein Wirbelwind, der seinen Weg nach der Wasserfläche nahm, die fluten emporstauete und so bildete sich eine Wasserhose, die eine Höhe von etwa acht Metern und am Wasserpiegel etwa drei Meter von etwa fünf Metern erreichte. Die Wasserhose zeigte durch die Bewegung und zog mit großer Geschwindigkeit quer über den See hinüber. Eine 50 Meter vom linken Ufer entfernt, verlor die Erscheinung ihre Kraft nach der Wasserberg hin in sich zusammenzusinken. Gleichzeitweise befanden sich zur genannten Zeit nur wenige Fahrzeuge auf dem See und so weit von der Wasserhose entfernt, daß sie durch die Naturerscheinung nicht gefährdet wurden.

Unwetter in Skandinavien. Eine Reihe von Wolkenbrüchen über Schweden und Zentralrußland niedergegangen. Die Eisenbahnen sind beschädigt, namentlich die Schwedenbahnen. Zwischen Tula und Orel ist der Bahndamm halb zerstört. Drei große Dornbäume sind vernichtet. Nach Angaben des Verkehrsministeriums werden die Reparaturen vieler Bahnen beansprucht. Besonders schwer hat die Donauzuglinie der Südwestbahnen gelitten. Aus dem Schweden Reichsland fehlen nähere Angaben, doch hat auch dort an etwa zehn verschiedenen Stellen die Bahndämme unterhalb. Die

mit dem geheimen Hintergedanken, Ihnen auf diese Weise das Stadtvordereinanderrecht zu nehmen. Zunächst wird man die von dem bekannten „reichsreuen“ Ermert verfasste Mitteilung nur mit Vorbehalt aufnehmen dürfen, insbesondere da sie in der Form der Kellereifunktion für die Waldenburger „Selben“ in die Welt gesetzt wurde.

Grobes Ungeheuer verübte Freitag Nacht 12 Uhr gegen 30 junge Mädchen im Alter von 18-20 Jahren. Nach ihrem geistlichen Vorgesetzten und dazu gehörenden Mädchen, waren es hiesige Studenten, die einen der ihnen nach dem Bahnhof begleiteten. Im sogenannten Gärtchen (einmal hintereinander), in der Hand die eine Wirtin, das sie auf dem Bahnhof mehrmals lernten, kamen sie an. Auf dem Bahnhof gingen sie im Pack auf alle Seiten und Winkel treppauf, treppab, ohne Rücksicht auf das reisende Publikum zu nehmen. Obwohl sie dadurch den Verkehr ganz erheblich störten, auch dann direkt die Passagiere auf dem Perron verletzten, indem sie alle auf einem Punkte standen und — soßen, wagte doch keiner der Fahrgäste, ihnen einen Vorwurf zu machen, obgleich der Stationsvorsteher und die Beamten des Personalrats immer im großen Regen um sie herumgingen. Als der Zug abfuhr, brüllte die ganze Gesellschaft ein „Schöner, um dann mit lauter röhrender Stimme ein Abschiedslied zu singen, denn Singen kann man es nicht nennen, was ja bei dem Zustande, in dem sich die meisten befanden (sie konnten sich kaum auf den Füßen halten), kein Wunder war. Nach Abfuhr des Zuges gingen sie in derselben Unkeuschheit wieder hinaus, dabei durch das von allen geübte kostbare Klappern mit den Glöckchen einen garstigen Lärm verursachend. Ein Säugemann, der das alles mit ansehen konnte, schrie: „Ihr Mädchen, geht doch ein wenig anständig, wenn ihr nicht den Kopf in die Hand nehmen wollt.“ Die Taschentücher entlang. Eine unbilligste Bemerkung eines Passanten beantwortete sie mit in der Richtung eines Ausdrucks gebrachten Beschuldigungen. Diese unzüchtigen deutschen Mädchen und Staatsdienerinnen konnten sich freuen, daß sie keine Arbeiter waren, die wegen hässlichen rüchigen Körpergeruchs und dergl. zu hohen Geldstrafen verurteilt werden, weil sie in der unzüchtigen Weise auf dem Perron verübten, wie es erst kürzlich 7 Arbeiter aus Deutschland erlitten. In Bayern, bei Studenten ist das eben ganz anders.

Unfall: Tödtung. Eine große Menge Schulkinder hatte am Sonntagmorgen der Aufsicht des P. S. Schlesiens von der Gasse Nr. 111 an der Treibschiffbrücke angeordnet. Mit der Fällung des Ballons wurde trotz des leichten Regens, der niederging, gegen 8 Uhr begonnen. Um halb neun Uhr war die Fällung beendet und die Luftkessel konnten die Gondel bestiegen. An der Gondel nahmen teil die Herren Konsularrat Stiller (Führer) Regierungsassessor Dr. Erdbrödel und Regierungsassessor Wackerzapp. Der Ballon entzog in nördlicher Richtung. Die Landung erfolgte nach 14 1/2 Stunden bei Kapo Segel in Ungarn, 6 Kilometer südlich von Budapest. Der Ballon stieg bis zu einer Höhe von 200 Meter, eine Fällung, die der Ballon bisher noch nicht erreicht hatte. Die Landung ergab glatt von Ratten.

Achtung, Strafkammer! Dienstag, den 30. Juni, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1. Der wichtigste Tagesordnungspunkt werden alle Kollegen, insbesondere die bei der Firma Klinka u. Böllel beschäftigten, ersucht, pünktlich zu erscheinen. Die Disziplinaruntersuchung, Metallarbeiter! Die Disziplinaruntersuchung, alle Bücher müssen zurückgegeben werden.

Die Bauarbeiter nach Einigkeit aus dem Holzarbeiterverband beschließen sich am Mittwoch Abend 8 Uhr im Saale des Gewerkschaftshaus mit der Fortsetzung der Tarifverhandlung. Krieger fecht!

Die gestörte Fällung des Arbeiter. In unserer Notiz über den letzten Jahre während der verheerenden Kampf des Wanders Oskar Schöndorf ist noch berichtigend nachzutragen, daß Schöndorf seinen Unfall entgegen unserer Mitteilung sofort gemeldet und gemeldet hat. Die Vernehmung der Rente ist lediglich auf eine Verletzung des Arztes und auf das Bureauverhältnis des Inhabers zurückzuführen.

Freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Schlesiens. Die Verhandlungen auf Auflösung der Vereinigung haben vorläufig keinen Erfolg gehabt. Am Sonntag fand hier im Unionshalle eine außerordentliche Generalversammlung der Vereinigung statt, die sich mit der Frage der Auflösung beschäftigte. Es waren die Vertreter von 18 Kommunen anwesend, die insgesamt 28 Stimmen in sich vereinigen. Der Vereinigung gehören 44 Kommunen mit 101.238 Mitgliedern an, es haben aber bereits sieben Breslauer und sieben Provinzialstädte mit zusammen 50.890 Mitgliedern ihren Austritt angekündigt. Nach einer langen, sehr eingehenden Debatte wurde eine Resolution angenommen, wonach die Vereinigung vorläufig in ihrer bisherigen Organisationsform fortzubestehen soll. Im Laufe dieses Jahres soll noch eine zweite Versammlung stattfinden, der Vorschläge zu einer Reorganisationsform zu unterbreiten sind. Für diese Resolution wurden 16 von 28 Kommunen abgestimmt.

Eine neue Strafkammer-Ordnung tritt mit dem 1. Oktober für die innere Stadt und den Bürgerweiden in Kraft. Für die anderen Stadtteile wird der Termin noch bekannt gemacht. Danach müssen Hebräer, Wäse und sonstige Wirtschaftsbetriebe in besonders vorgeschriebenen Metallkassen gesammelt werden. Die Abfuhrwagen müssen sauber sein. Einmal, welche den vorgeschriebenen Bestimmungen nicht entsprechen, werden nicht entleert. Ein Musterzimmer liegt in der südlichen Markt-Jacobstrasse zur Ansicht aus.

Blumentorso. Einen phantastischen Umzug veranstalteten am Sonntag in den Straßen und am Ringe Breslaus die Studentenverbindungen mit ihren blumengeschmückten Wagen und Herden. An der Spitze des Zuges ritt ein Säugemann, ihm zur Seite zwei bunt behelmte Reiter. Hinter den dreien ritt ein Kapellmeister, dann folgten die vielen Wagen der Studenten. Die meisten hatten die Verzierungen beobachtet, am Ringe kam die Wagen so, daß die elektrische Straßenbahn zum Stillstand kam. Man ist es ja nicht, daß die Polizei sich bei derartigen Veranstaltungen von der lebenswichtigen Seite der Ordnung, was es aus Sozialdemokraten für die Zukunft auch so gut ergeben wird, werden wir erwarten.

Aus Schlesien und Posen.

Schweidnitz, 29. Juni. Stadtvordereinander-Erteilung. Mit einer umfangreichen, nicht weniger als anorganische Punkte umfassenden Tagesordnung beschäftigten sich unsere Stadtvordereinander in ihrer letzten Sitzung. Als wahlberechtigter Stadtrat wurde Stadtvordereinander Kaufmann Ebert gewählt. In den Ausschüssen für die Wahl der Schöffen und Geschworenen werden die Stadtvordereinander Weis, Gerlach und Thiel gewählt. Aus den Spezialkommissionen pro 1907 in Höhe von 43.350 Mark werden folgende bewilligt: Zur Verbesserung und künstlerischen Ausgestaltung des Rathauses 10.200 Mark, für Promenadenwege 9400 Mark, für die Volksbibliothek 1150 Mark, für den Verkehrsverein, der am Abend wieder leben noch werden kann, 500 Mark, und zur Unterhaltung und Prüfung der Kanalisation 4000 Mark. Aus demselben Fonds werden die bereits in einer früheren Sitzung bewilligten 1000 Mark zum Denkmahl Friedrich des Zweiten genommen und 16.000 Mark zur Sicherung der Getreidemühle. Die Inaugurationsfeier der letzten Arbeit, die an sich schon längst notwendig gewesen wäre, ist lediglich zurückzuführen auf die in Aussicht stehende Geburt des Monarchen. Für den Umbau in der katholischen Anstalt wurden 1150 Mark genehmigt und bewilligt; eine weitere Nachbewilligung für den Umbau bei Renovation des Rathauses, in Höhe von 500 Mark wird ebenfalls ausgeschrieben. Genehmigt werden ferner die Kostenanschläge für die Umgestaltung der Pögenstraße, 1000 Mark, für den Umbau des Daserischen Gewandhauses zu Pögenstraße, 1000 Mark, und für die Renovation der O...

Spezialantrag, 6000 Mark. Für die Anlage eines Flutkanals in der Breslauerstraße werden die Kosten auf 3500 Mark veranschlagt; nach längerer Debatte wird dieser Punkt gestrichelt und zur nochmaligen Prüfung an den Bauausschuß zurückverwiesen. Für die Errichtung eines Lehrerseminars soll das Bauamt in Höhe von 1,7127 Seklar, zum Preise von 42.807 Mark, von der Kasse der Stadt erworben werden. Die Versammlung erteilt die Genehmigung. Eine Vermehrung der Schulanlagen macht sich notwendig; die erforderlichen 8000 Mark werden bewilligt. Ebenso 600 Mark für die Errichtung des Feuerwehrtüchensplatzes. Eine längere und zum Teil hitzige Debatte verurteilte der geplante Ankauf der Maurermeister Tuppel'schen Sandgrube für das neue Stämmchen von 18.750 Mark. Die Opposition, vertreten durch die Stadtvordereinander Ost I und II, Martin usw., bezeichnete die Grube als abgebaut und wertlos, während Stadtvordereinander Schramm den gegenteiligen Standpunkt vertrat und den Ankauf derselben ein „autes Geschäft“ nannte. Schließlich beschloß der Herr Rat recht; denn die geforderte Summe wurde bewilligt.

Wrieg, 29. Juni. Eine elegant gekleidete Dochstaplerin, die bereits mit Juchthaus vorbeiritt, hat es hier mit einem Gaspiel versucht, das ihr aber nicht ab bekommen ist. Bei einem hiesigen Kaufmann gab sie sich als die Frau eines Leutnants und Schwyfester einer bekannten hiesigen Dame aus und ließ sich eine größere Menge eleganter Kleidungsstücke einpacken und nach der Wohnung der angeblichen Schwester schicken. Sie erwartete dann die Verkäuferin vor der betreffenden Villa um ihr die Sachen abzunehmen. Die Verkäuferin aber die Vorausgabe auf der Straße und nahm die Sachen wieder ins Geschäft zurück. In einem Schuhwarengeschäft hat dieselbe Frauensperson ein Paar Schuhe im Werte von 18 Mark erzwungen. In der Nähe des Bahnhofs gelang dann ihre Festnahme. — Arbeitern, die in Not geraten, will man nicht so leicht Waren leihen, wenn aber ein Liebes elegant gekleidet kommt da ist man glücklich darüber und schickt noch die Sachen nach — dann haben sie aber den Schaden.

Janer, 28. Juni. 8 Uhr-Ladenziehung. Der 8 Uhr-Ladenziehung ist sämtlichen offenen Verkaufsstellen täglich, mit Ausnahme der Sonnabende, sowie der auf Grund des § 139a der Gewerbeordnung zugelassenen Ausnahmestellen, nun auch für unsere Stadt durch den Regierungspräsidenten genehmigt worden. — Wo bleibt Breslau?

Yannan, 28. Juni. Von einem Ochsen ertraten. Der 17 Jahre alte Wirtschaftsprüfer Karl Christ vom Dominium Ober-Boitsdorf wurde, als er im Stalle Jagd auf eine Ratte machte, von einem dabei wild gewordenen Bullen derartig an den Fuß geschlagen, daß das Bein über dem Fußgelenk brach. Dabei kam der junge Mann zu Fall, und ehe Hilfe herbeikam, trampelte der Ochse auf ihm herum und brachte ihm so erhebliche innere Verletzungen bei, daß er trotz ärztlicher Hilfe nach wenigen Stunden verstarb.

Bunzlau, 28. Juni. Revolverversteher. Vor einigen Tagen war der Maurer Rottsch von hier mit mehreren anderen Kollegen in Streit geraten, der in Tätlichkeiten ausartete und wobei er den kürzeren zog. Sonnabend früh kauerte er seinen beiden Weagern, als diese am frühen Morgen zur Arbeit gingen, bei der Silberpappel auf und gab aus einem Revolver 4 Schüsse gegen dieselben ab. Alle verfehlten ihr Ziel, darauf verzichtete sich Rottsch selbst zu erschießen, erreichte aber sein Ziel nicht. Mit einer stark blutenden Kopfwunde irrte er am Laufe des Tages umher.

Häslitz bei Striegau, 29. Juni. Genosse Robert Jakob f. Ganz unerwartet einem Schlaganfall erlegen ist hier der Hausbesitzer Robert Jakob, einer unserer ältesten und verdienstvollsten Genossen am Orte. Jahrzehntlang hat er die Kolportage unserer Parteischriften bejagt und ebenso lange als Gemeinderatsmitglied die Interessen der Arbeiterchaft im Gemeinderatskollegium wahrgenommen. Infolge des häufigen Sozialmangels am Ort hat er der Arbeiterchaft jederzeit seine Privaträume zu ihren Besprechungen und Beratungen zur Verfügung gestellt. In jeder Hinsicht zeigte er sich als ein aufrechter Förderer unserer Ideen. Die Arbeiter von Häslitz werden deshalb sein Andenken stets in Ehren halten.

Bolsenhain, 28. Juni. Der Appetit einer Kuh. Einem besonders guten Appetit entwickelte eine Kuh des Stellenbesizers Müller in Gräbel, welche sich des Nachts von der Kette losgemacht hatte und in das Speisegewölbe eingedrungen war. Das gefräßige Tier machte sich dort über die Vorräte her und verlor unter anderem vier große Landbrote, einen Kuchen, mehrere Pfund Butter, eine größere Portion Gänse- und Dünnerier, einen Korb Kartoffeln u. s. w. Das Tier hatte seine Verdauungsorgane aber so überantriebt, daß am nächsten Tage der Tierarzt zu Hilfe gerufen werden mußte, dessen Behandlung es gelang, die Kuh am Leben zu erhalten.

Görlitz, 28. Juni. Gegen die jüdischen Metallindustriellen. Hier fand eine Protestversammlung gegen den Beschluß des Verbandes der bayrischen Metallindustriellen statt. Die angenommene Resolution erhebt gegen den vorgeschlagenen Boykott der technischen und kaufmännischen Verbände Einspruch und beantragt für die Angeklagten das Recht zur Vertretung ihrer Interessen, sich beliebig zusammenschließen.

Görlitz, 28. Juni. Aufgehobenes Urteil gegen die „Sächsischer Volkszeitung“. In Sachen wurde am Dienstag vom Reichsgericht auf die Revision des Angeklagten das Urteil des Landgerichtes Görlitz vom 18. März, durch das der Genosse Hermann Fleißner-Tressen als Verantwortlicher der in Dresden gedruckten „Sächsischer Volkszeitung“ wegen Verleumdung der preussischen Kaiser und Königin zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Die „Sächsischer Volkszeitung“ wird in der Druckerei der „Sächsischer Arbeiterzeitung“ (jetzt „Dresdener Volkszeitung“) aus dem Satz dieses Urteils befreit. Der Angeklagte hatte diejenige Artikel der „Arbeiterzeitung“, die nicht in der „Sächsischer Volkszeitung“ erschienen sollten, rot zu beschreiben. Es kam aber gelegentlich vor, daß der Redakteur aus technischen Gründen auch Artikel in die „Volkszeitung“ aufnahm, die durch falsche waren. Auf diese Weise ist auch der intrinsische Artikel „Uniformierte Reiter“ in die „Sächsischer Volkszeitung“ gekommen.

Die Revision des Angeklagten wurde vom Rechtsanwalt für begründet erklärt, da der Dolus eventualis vom Gericht nicht ordnungsgemäß festgestellt sei. — Das Reichsgericht hat das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. In der Begründung heißt es: Begründet war der Einwand des Verteidigers (Rechtsanwalt Wolfgang Seime), daß die Anwendung des § 20. 2 des Preussisches ohne genügende Begründung erfolgt ist. Eine generelle Eventualbeurteilung hat das Landgericht allerdings nicht angenommen, sondern es ist von der Tatsache ausgegangen, daß es um zu mehr in die „Volkszeitung“ aufgenommen wurde, als der Redakteur angeordnet hatte. Einwandfrei ist die Annahme des Landgerichtes, daß unter diesen Umständen sehr wohl dem Redakteur eine Verpflichtung oblag, zu prüfen, ob die wirklich übernommenen Artikel einen falschen Inhalt hatten oder nicht. Wenn das Landgericht aus dem oben angeführten Grund die Sache vorfallen wüßte, daß bei Nichtausübung dieser Prüfungspflicht nicht ein Artikel veröffentlicht werden könnte, der falschen Inhalt hat, so liegt darin kein Rechtsirrtum. Pögen behauptet der Eventualdolus, den das Landgericht auch bei festgestellten, allerdings noch der weiteren Begründung, daß der Angeklagte vorhersehen konnte, daß sich der ihm als möglich bekannte Erfolg etwa einstellen könne. Neben dieser Feststellung behauptet es auch der weiteren Feststellung, daß kein Wille darauf gerichtet war, daß dieser mögliche Erfolg einträte.

Rehrze, 28. Juni. 8 Uhr-Ladenziehung. Der größte Teil der Jäger Kameradschaft ausschließlich der Jäger- und Rotenwehrenmitglieder hat beschlossen, die Schützengilde in dem

genannten Bundstagen um 8 Uhr abends zu verlassen. — Genommen sind die Sonnabende und die Lohn- und Beschäftigungstagen. **Kattowitz, 28. Juni.** Arbeiter-Risiko. Auf Substanzschacht stürzte gestern der Monteur Carl Neugebauer einer hiesigen Ingenieurfirma vom Dache des neerbauten Bahnhofs etwa 4 Meter hoch herab und verletzte sich derart schwer, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus der Warmherzigen Brüder in Bogutschitz starb.

Myslowitz, 29. Juni. Zwei Mädchenhändler verhaftet. Am Donnerstag wurden in einem hiesigen Restaurant zwei russische Mädchenhändler verhaftet. Die beiden Mädchen, welche in Freudenhäuser nach Argentinien verkauft werden sollten, wurden in vorläufiger Schutzhaft genommen, die beiden Mädchenhändler verhaftet.

Bahrze O.S., 26. Juni. Verurteilung Staats-Altion. Am 26. Juni d. J. hielt der Verurteilungsmann der Bergarbeiter eine Besprechung über das neue Knappschaftsstatut und über die schlechte Bezahlung der Bergarbeiter im Wätschischen Lokale ab. Dies kam zu Ohren der Polizei durch einen Denunzianten und diese hatte nicht zögern zu tun, als gegen den Einberufer der Besprechung einen Strafbefehl über 30 Mark Geldstrafe zu verhängen. Auf die hiergegen eingelegte Berufung kam die Sache Mitte des Monats zur gerichtlichen Entscheidung. Durch die Aussagen wurde festgestellt, daß keine politische, sondern nur gewerkschaftliche Verammlung stattgefunden hatte. Infolgedessen mußte der Angeklagte, Genosse Wiedemann, freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt werden.

Neustadt O.S., 26. Juni. Ein prägelnder Aufseher. Bei der hiesigen Textilfirma soll eine elektrische Zentrale gebaut werden. Wegen Mangels an geeigneten Arbeitskräften konnte erst vor einigen Tagen mit dem Bau begonnen werden. Gleich am ersten Nachmittag versuchte nun ein auf dem Bau als Aufseher fungierender Herr seine Energie und Laibkraft dadurch zu beweisen, daß er eine Frau und einen 15jährigen Burschen mit dem Stock verprügelte. Der Maurerpolier bedauerte dem schlaftrunkenen Herrn, daß eine solche Behandlung hier nicht am Platze sei. Hierauf beschwand der Aufseher und ließ sich nicht mehr auf dem Bauplatz blicken. — Zusammenschluß aller Arbeiter in gewerkschaftlichen Organisationen ist das beste Mittel gegen solche erbliche Gewohnheiten.

Reuthen, 22. Juni. Beseitigt Obation? Wenn irgend jemand der es verstanden hat, ist ein großer Name in Oberschlesien zu machen, von hier geschickte, dann gibt es immer einen großen Abschied mit diversen Reden. Das ist verständlich, denn von einem Niesensackzug für einen scheidenden Generaldirektor bisher zu den schwindend gehaltenen Reden auf einer Paradedemonstration für den scheidenden Kriegerehren-Vorführer, handelt es sich ja meistens nur um kommunale Personen, die solche Feste arrangieren, und die Veranstaltung selbst teils zu agitatorischen Zwecken, teils um der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, veranstalten. Doch handelt es sich in den meisten Fällen nur um den unwilligen Arbeiter, den man zu solchen Veranstaltungen braucht. Das aber auch gebildete Personen, wie die Lehrschaft, sich dazu hergeben, ist schon seltener. Bekanntlich ist der Landrat des Kreises Reuthen O.S., den man schon so oft für allerschönste hohe Posten in der Presse genannt hat, in das Ministerium des Innern berufen worden. Infolgedessen seines Scheidens, so meldet die „Oberschlesische Grenzzeitung“, haben Herrn Dr. Venz 200 Lehrer eine Obation vorgeschlagen. Bei dieser Gelegenheit hat Herr Venz eine Obation gehalten und die hiesigen Verdienste des Landrats um die Entwicklung des Volksschulwesens, der materiellen Verbesserung der Lehrer und der Errichtung von Fortbildungsschulen, Haushaltungsschulen, Handfertigkeitschulen usw. scharf hervorgehoben, und zum Schluß betont, daß die Schulen durch den Fortgang des Landrats einen großen Verlust erlitten! — Wir sind gewiß die letzten, welche die Verdienste des Landrats schmälern wollen, aber so hoch einer Verherrlichung, wie es Herr Venz getan, lag gewiß kein Grund vor. Uns ist auch nicht ein Fall bekannt, wo Herr Dr. Venz so Großes für die Schule getan hat. Wenn er hier und da eingegriffen hat, so deshalb, weil die Zustände himmelfrei waren und der Staat nicht mehr handhabe. Auch heute noch haben wir im Kreise Reuthen Schulzustände, die den ostelbischen ähnlich sind, in mancher Hinsicht die letzteren noch in den Schatten stellen. Und nun erst die Lobung der materiellen Lage der Lehrer! Ja, kann es noch niedrigere Gehälter in einer so hoch tarren Gegend geben? Wenn der Landrat hier, was uns gar nicht bekannt ist, eingegriffen haben sollte, so hat er dieses nur bei äußerster Not gehörend getan, denn sonst hätte man wohl Schulen, aber keine Lehrer gehabt. Was die Fortbildungsschulen betrifft, so hätte Herr Venz wohl besser getan, diese nicht zu erwähnen, denn diese sind völlig unter dem Einfluß des Großkapitals. Der Verdienst des Herrn Venz dürfte daher bei objektiver Prüfung wohl eine andere Würdigung erfahren, als dieses durch Herrn Venz gesehen.

Uns will es schier dünken, daß auch bei dieser Obation die Lehrschaft mit dem Herzen nicht dabei gewesen ist. Schon allein der Umstand, daß die Kapelle der Bismarckgilde dabei mitwirkte, läßt in uns die Vermutung aufkommen, daß irgend ein zarter Anteil von hoher Stelle etwas nachgeholfen hat. Wüßte man aber sein, wie ihm wolle, in keinem Falle hätte die Lehrschaft sich zu derartigen Subsidigungen hergeben dürfen. — Die Arbeiterchaft verliert durch das Scheiden des Herrn Venz nichts, denn er stand der Anflärungsarbeit der Lehrschaft gegenüber unter seinen Augen haben sich die unglücklichsten Verfassungen der Arbeiterchaft abgepielt und er ist diesen nicht entgegengetreten. Er war der Vertreter eines Systems, welches nicht durch Vertretungen, sondern durch die Aufsichtungsarbeit der Arbeiterchaft beseitigt werden kann.

Posen, 28. Juni. Keine Furcht. Dem General-Kommando des 5. Armee-Korps erhalten wir folgende Verächtigung: „Die in Nr. 144 und 147 Ihres Blattes gebrachten Nachrichten sind nicht zutreffend. Eine Fahnenflucht des Rittmeisters des Artz vom Regiment Königsjäger zu Pferde Nr. 1 in Posen liegt nicht vor. Die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen haben zu einer Untersuchung geführt, die bis jetzt ihre Belastendes nicht ergeben hat.“

Der kommandierende General.

Graf Kirchbach.

Die Fahnenflucht wird bestritten, dagegen sind die Bergchen, welche der Grund zur Fahnenflucht sein sollten (§ 175 und verurteilende Behandlung dienlich Untergebenen) zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht worden, die bis jetzt nichts Belastendes ergeben hat. — Antworten.

Dromberg, 28. Juni. Im Schwurgerichtssaal verhaftet. Gestern wurde der Maurermeister und frühere Haus- und Fabrikbesitzer Knekle aus Schönheiser, gegen den wegen Meineids verhandelt wurde, nachdem die Verhandlung wegen Ladung neuer Zeugen auf Dienstag verlagert war, verhaftet.

Arbeiterbewegung.

Streik und Aussperrung im Erzgebirge. Der Kampf im Erzgebirge, in der Wismarschen-Industrie, an dem nach und nach mehr als 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt sind, dauert nun bereits 26 Wochen, ohne daß ein Ende derselben abzusehen ist. Drei Versammlungen, welche die Streikenden und Aussperrten an einem Tage in Gornsdorf abhielten, nahmen zum Kampfe erneuert Stellung. Sämtliche Versammlungen nahmen eine gleichlautende Resolution an.

Der Einheitsrat in der deutschen Lederindustrie. Die im Sauerlande organisierten Tächner, Galanteriearbeiter usw. von Berlin nahmen am Freitag den Einheitsrat an, der das Deutsche Reich an-

Witzkeller

von M. A. E. T. M. P. (Kochbuch)

Der Schmecker hat die schon da sein! Ich, wechelt... hat die nicht fertig am Tage vorher gekommen?

Der er bellte sich zu unruhig. Dem noch war die... nicht entgegengenommen, noch hatte das Xages...

Oben sie hatte sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Das Schicksal hat nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Das Schicksal hat nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Das Schicksal hat nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Das Schicksal hat nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Zur Zeitung gebracht, auf der Seite die Seite... dem dinstigen Entschieden ist Mutter die...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Der hat nicht geschickt bei Tag und bei Nacht... und mit die Skatelle zur Seite gemacht...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Der Mutter hat's plügend im Geiste so nicht... Es kommt sich die Dinge, das ganze Bild...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Der Mutter hat's plügend im Geiste so nicht... Es kommt sich die Dinge, das ganze Bild...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...

Mutter die hat sich nicht mit dem Dampfen... auf ihren Blicken stand sie mit dem hundertmal...



